

Situation im Irak und Syrien

Die jüngsten außenpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung, auch im Rahmen des NATO-Bündnisses, steigern die Kriegsgefahren und sind unverantwortlich. Deshalb müssen sie rückgängig gemacht werden. DIE LINKE Hessen tritt für folgende Forderungen ein:

- Rücknahme des EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine!
- Keine weiteren Sanktionen gegenüber Russland, Aufhebung der bestehenden Sanktionen
- Keine Beteiligung Deutschlands am Aufbau von NATO-Basen in den osteuropäischen NATO-Staaten. Sie sind ein weiterer Schritt zur NATO-Osterweiterung, die die LINKE ablehnt!
- Keine Waffenlieferungen an die Ukraine!
- Keine Beteiligung Deutschlands an den militärischen Interventionen in Irak und Syrien
- Keine Ausbildungsmissionen im Irak
- Keine Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, Katar, Israel und den Irak
- Keine Unterstützung Deutschlands für die Luftangriffe der „Koalition der Willigen“
- Beendigung der Stationierung von Patriot-Raketen und Bundeswehreinheiten an der türkisch-syrischen Grenze!
- Aufhebung des PKK-Verbots!
- Öffnung der Grenzen der EU: Aufnahme aller, die aus den Kriegsgebieten, insbesondere des Nahen und Mittleren Ostens, nach Europa flüchten!
- Großzügige Unterstützung der Flüchtlingshilfe in den aufnehmenden Ländern der Region des Nahen und Mittleren Ostens.